

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Energiepolitisches Grobkonzept für den Wetteraukreis

Hintergrund

Auch - aber nicht nur - aufgrund des von Menschen gemachten Klimawandels stellt sich die Frage, wie eine zukunftsfähige und verantwortliche Energiepolitik zu gestalten ist. Der Großteil der Energieerzeugung geschieht zurzeit unter Verwendung fossiler Brennstoffe oder unter Nutzung der Atomkraft. Beide Erzeugungsarten haben unverantwortbare Nachteile und dürfen nicht länger Grundlage der Energiepolitik sein.

Dies erfordert einen umgehenden Wandlungsprozess. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Strom und Wärme zentrale Anforderungen der Grundversorgung sind. Sie müssen jedem frei zugänglich sein und dürfen nicht zum Spielball von Gewinninteressen werden.

Für den Kreisverband Wetterau stellt sich damit die Herausforderung, alle politischen Einflussmöglichkeiten im kommunalen Bereich zu nutzen, um eine fortschrittliche und solidarische Energiepolitik zu erstreiten.

Ziele

Energiepolitische Grundlagen

Stromerzeugung als Treibhausgasquelle

In Deutschland stammt der größte Teil der Treibhausgasemissionen aus der Stromerzeugung. Diese Emissionen tragen zum Klimawandel bei, an dessen Folgen Millionen Menschen sterben werden. Aktuellen Studien zufolge sind in den armen Regionen der Welt die meisten Menschen gefährdet.

Umstellung auf regenerative Stromquellen

Die Beseitigung dieses Mißstandes stellt also eine zentrale Aufgabe fortschrittlicher Politik dar. Es ist möglich, die energiebedingten Treibhausgasemissionen innerhalb weniger Jahrzehnte auf Null zurückzufahren. Dazu muss die Nutzung regenerativer Energiequellen innerhalb der nächsten Jahre massiv ausgebaut werden. Zusätzlich sind Speichertechnologien zu entwickeln und einzusetzen, um Strom auch dann bereitzustellen, wenn gerade keine regenerative Energieerzeugung stattfindet. Die Entwicklung geeigneter Technologien hat bereits begonnen. Erste grundlastfähige Hybridkraftwerke sind bereits in Betrieb. Die Weiterentwicklung in diesem Bereich ist zu fördern, damit eine weitestgehende Unabhängigkeit von Atomkraft und fossilen Energieträgern erreicht werden kann.

„Power to the people“

Der mit dieser Umstellung verbundene Strukturwandel im Energiesektor ist nicht im Interesse der großen Energieversorger. Er entspricht jedoch einer dringenden gesellschaftlichen Notwendigkeit. Deshalb ist eine Überführung der Stromversorgung in öffentliche Hand unseres Erachtens unabdingbar. Als Ergänzung zu öffentlichen Energieversorgern sind dabei genossenschaftliche Träger denkbar. Als erster Schritt soll dabei das Stromnetz sozialisiert werden.

Da kommunale Eigentümer nicht über die Mittel für die notwendigen Investitionen zum Ausbau des Stromnetzes verfügen, streben wir für das Stromnetz eine Überführung in Landes- bzw. Bundesbesitz an. Gegenwärtige kommunale Besitzstände wie z.B. bei der OVAG, sollen jedoch beibehalten werden.

Ausstieg aus der Atomenergie

Atomenergie stellt aus bekannten Gründen keine Alternative zu fossilen Energieträgern dar. Alle noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke sind sofort abzuschalten.

Politisches Vorgehen des Kreisverbandes

Die OVAG als kommunaler Versorger

Die meisten Menschen in der Wetterau beziehen Ihren Strom und zum Teil auch Ihr Gas von der OVAG. Dieser Versorger ist zu 51,7 % Eigentum des Wetteraukreises. Die restlichen 48,3 % liegen in den Händen der Landkreise Vogelsberg und Gießen.

Umwandlung der Rechtsform – Für Demokratie und Transparenz

Wir wollen grundsätzlich die öffentliche Eigentumsstruktur dieses Anbieters beibehalten. Die gegenwärtige Struktur mit ZOV, OVVG und den diversen AGs unter dem Dach der OVAG dient jedoch nicht der Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Landkreise.

Die Ausgliederung dieses wichtigen Bereichs in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft halten wir für falsch und undemokratisch. Die Kontrolle und Steuerung der Aktiengesellschaft erfolgt derzeit über einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder dem Wohle des Unternehmens verpflichtet sind, nicht jedoch dem Allgemeinwohl. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Sitzungen und Beschlussfassungen geheim stattfinden. Die Bürgerinnen haben ein Recht darauf, zu erfahren was mit Ihrem Geld geschieht. Die gewählten Kreistagsabgeordneten müssen Einfluss auf die Energiepolitik haben und ihren Kontrollaufgaben nachkommen können.

Deshalb streben wir an, die OVAG mit OVAG-Energie und OVAG-Netz in einen eigenständigen Zweckverband zu überführen. Die Größe der Zweckverbandsversammlung ist dabei auf mindestens 44 Mitglieder festzulegen. Der Zweckverband wird dazu verpflichtet, regelmäßig in den Kreistagen der Eigentümerkreise öffentlich Bericht zu erstatten.

Umstellung auf regenerative Energien

Wir wollen, dass die OVAG als kommunaler Versorger Verantwortung für eine umweltverträgliche Energieerzeugung übernimmt. Deshalb soll der Anteil regenerativer Quellen im Strommix der OVAG jährlich um 10 % steigen. Wir begrüßen grundsätzlich den Plan, dass die OVAG verstärkt selbst Strom erzeugt. In diesem Rahmen fordern wir Investitionen in grundlastfähige Hybridkraftwerke und andere Speichertechnologien. Dies sichert auch in Zukunft die Stromerzeugung in Oberhessen.

Moderne Windparks haben inzwischen eine hohe Nennleistung und können maßgeblich zur Stromerzeugung beitragen. Die OVAG soll deshalb an geeigneten Standorten eigene Windparks errichten. *In die Entwicklung von Solartechnologie soll verstärkt investiert werden.* Beteiligungen an fossilen Kraftwerken, wie z.B. dem geplanten Kraftwerk Staudinger, lehnen wir in jedem Falle ab.

Stopp von Atomkraft

Der Verkauf von Atomstrom seitens der OVAG ist schnellstmöglich einzustellen. Entsprechende Abnahmeverträge sind zum *juristisch* nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Einführung von Sozialtarifen

Strom und Gas stellt für finanzschwache Haushalte zum Teil eine enorme Belastung. Für solche Haushalten sind Sozialtarife anzubieten, die ein angemessenes Kontingent an Strom und Gas zu vergünstigten Preisen bereitstellt. Ergänzend schafft der Wetteraukreis einen Fonds für Kleinkredite um den Erwerb sparsamer Verbrauchsgeräte zu ermöglichen, *den Austausch veralteter Heizanlagen gegen energiesparende effiziente Neuanlagen zu fördern und den Einbau von Solaranlagen zu unterstützen.*

Erstellung einer Datengrundlage

Um die Entwicklung und die Fortschritte im Bereich der Energieversorgung transparent zu machen fordern wir die Erstellung einer geeigneten Datengrundlage für den Wetteraukreis. Damit soll insbesondere die erzeugte und verbrauchte Strommenge sowie die verwendete Stromquelle und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen für die unterschiedlichen Wirtschaftsbereiche und Gemeinden in der Wetterau ermittelt werden.

Passivhausbauweise bei kreiseigenen Bauvorhaben

Bei kreiseigenen Bauvorhaben wird die Passivbauweise zwingend vorgeschrieben. Dies erhöht zwar die Baukosten, spart jedoch Folgekosten ein und dient angesichts steigender Energiepreise der mittel- und langfristigen Konsolidierung des Kreishaushaltes.

Anträge der Kreistagsfraktion

Wir fordern die Kreistagsfraktion dazu auf, mindestens zu den Themen Sozialtarif, Windparks, Atomenergie und Hybridkraftwerke Anträge in den Wetterauer Kreistag einzubringen. In den Anträgen wird die OVAG dazu aufgefordert, entsprechend den hier dargelegten Grundlagen zu agieren.

Gemeinsam für eine gerechte Energiepolitik

Der Kreisverband Wetterau wird das Thema Energiepolitik weiterhin aktiv mitgestalten. Unsere Forderungen zur OVAG werden eine zentrale Rolle im Kommunalwahlkampf 2011 spielen. Zur Vorbereitung streben wir deshalb eine gemeinsame Beschlussfassung der Kreisverbände Vogelsberg, Gießen und Wetterau an, die 2010 erfolgen soll.

Antragsteller: Kreisvorstand.